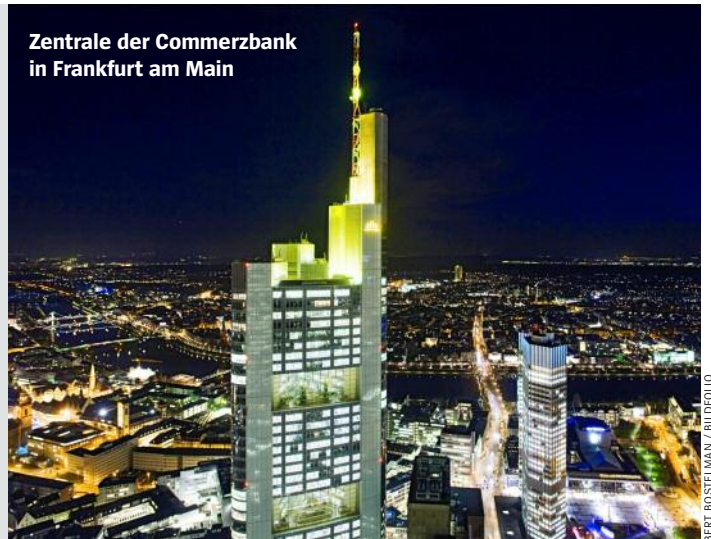




Commerzbank-Chef Blessing



Zentrale der Commerzbank in Frankfurt am Main

COMMERZBANK

Suche nach kreativen Lösungen

Mit verschiedenen Kunstgriffen will die Commerzbank verhindern, dass sie erneut um Staatshilfe bitten muss. So sollen Mitarbeiter möglicherweise zum Teil mit Aktien entlohnt und Kreditgeschäfte eingeschränkt werden. Die Zeit drängt, denn bis Freitag müssen Europas Banken darlegen, wie sie ihr Kapital so aufpolstern können, dass sie für eventuelle Staatspleiten gewappnet sind. Das verlangt die europäische Finanzaufsicht. Die Commerzbank braucht 5,3 Milliarden Euro, damit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble nicht erneut ins Staatssäckel greifen muss. Schon während der Lehman-Krise hatte das zu 25 Prozent staatseigene Geldinstitut nur mit Hilfe von Steuergeldern gerettet werden können. Nun rechnen die Ban-

ker um Vorstand Martin Blessing diverse Modelle durch, damit es nicht wieder so weit kommt.

Einen schönen Batzen könnte es bringen, wenn Mitarbeiter den variablen Teil ihres Gehalts für 2011 in Aktien des eigenen Instituts erhielten. Darüber wird derzeit im Vorstand ernsthaft diskutiert. 2010 ging es immerhin um 437 Millionen Euro. Dieses Mal dürfte es aber deutlich weniger sein.

Auch die Allianz könnte ihr Scherflein beitragen: Sie ist mit einer stillen Einlage von 750 Millionen Euro engagiert. Würde die Versicherung die Einlage in Aktien tauschen, wäre der Bank ebenfalls ein Stück geholfen. Der Deal ist jedoch noch nicht perfekt.

Politisch umstritten sind Pläne, das Kreditgeschäft zu drosseln. Intern hat man schon mal gerechnet: Wenn für 30 Milliarden Euro weniger Geschäfte gemacht würden, brauchte die Bank 2,7 Milliarden Euro weniger zur Absicherung. Deshalb macht das Institut mit dem Mittelstand außerhalb von Deutschland und Polen schon jetzt keine neuen Geschäfte. Insider räumen ein, dass zudem auf dem Heimatmarkt mit Großkunden darüber verhandelt werde, ungenutzte Kreditlinien zu kürzen. In Berlin wird das skeptisch beobachtet. Es geht die Furcht um, dass ein zu starker Abbau der Kreditvergabe die Wirtschaft schwächen könne. „Wir haben die Banken gerettet, weil sie als Kreditgeber eine wichtige Funktion für die Wirtschaft haben“, sagt der finanzpolitische Sprecher der Grünen, Gerhard Schick. „Der Wunsch des Vorstands, die Blamage einer erneuten Staatshilfe zu vermeiden, darf nicht Vorrang vor wirtschaftspolitischen Zielen haben.“

AUSLANDSEINSATZ

Syrer bedrohen Deutsche Marine

Vor der Küste Syriens ist ein Spionageschiff der Bundeswehr von der syrischen Marine bedroht worden. Das Flottendienstboot „Alster“ ist seit Anfang November mit 85 Mann Besatzung im östlichen Mittelmeer unterwegs, um die Lage in der Region zu erkunden. Ende Dezember geriet das deutsche Schiff rund 15 nautische Meilen vor der Küste ins Visier eines syrischen Kriegsschiffs, das seine Bordkanone auf die „Alster“ richtete. Die 85 Soldaten, dem 1. U-Boot-Geschwader in Eckernförde unterstellt, sind in geheimem Auftrag unterwegs, um mit Hilfe von

akustischen und optischen Sensoren Informationen zu sammeln und an das Kommando Strategische Aufklärung zu liefern. Als offizielles Ziel der Fahrt nannte die Marine vage das südliche und östliche Mittelmeer. Die Deutschen manövrieren ohne Kenntnis und Mandat des Bundestags vor der Küste Syriens, da es sich nicht um einen bewaffneten Einsatz handelt. Im Verteidigungsausschuss stößt die Geheimhaltung der Mission gleichwohl auf Kritik. „Zu prüfen ist, ob ein solcher Einsatz ein Mandat des Bundestags braucht“, sagt der verteidigungspolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion Omid Nouripour. „Auf jeden Fall müsste das Parlament informiert werden.“ Auch während des Libyen-Kriegs war ein Spionageboot der Bundeswehr im Mittelmeer-Einsatz. Davon hatte das Parlament ebenfalls keine Kenntnis.



Flottendienstboot „Alster“

BILDEN WILKE / RIZ MARINE / AP